

DIE HERAUSBILDUNG VON NUTZUNGSMISCHUNG ALS LEITPRINZIP FÜR STÄDTEBAU UND STADTPLANUNG – EIN PROZESS DER VER(UN)SICHERUNG

Daniela Zupan

Einleitung

Die kompakte nutzungsgemischte Stadt hat sich seit den 1980er Jahren fest als städtebauliche Leitvorstellung etablieren können. Freilich wird auch weiterhin Kritik geübt, es werden Zweifel geäußert und vorhandene Diskrepanzen diskutiert, etwa zwischen Leitbild und Praxis oder zwischen planerischer Intention und Bewährung im Alltag. Unsicherheit herrscht aber vor allem hinsichtlich des „Wie?“, d. h. durch welche Ansätze, Instrumente und Regelungen, unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Akteuren eine erfolgreiche Umsetzung gelingen kann. Während diese Fragen allesamt auf Adaptionen, Weiterentwicklungen und Verbesserungen des bestehenden Leitbilds und seiner Umsetzbarkeit abzielen, wird dieses kaum als solches in Frage gestellt. Tatsächlich haben die dem Leitbild der kompakten nutzungsgemischten Stadt zugrundeliegenden Prinzipien beinahe den Status von Gewissheiten erlangt. Im Zuge seiner Verbreitung und Institutionalisierung haben sich Denkmuster gefestigt und Möglichkeitsräume des Imaginierens spannen sich überwiegend innerhalb eines weitgehend akzeptierten Rahmens auf. Dies allerdings erschwert eine profunde Neubetrachtung unseres Tuns und Handelns, unserer Zielsetzungen und damit auch eine tiefgreifende Transformation. Letztere dürfte aber notwendig sein, will man aktuellen Herausforderungen wie der zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung oder der Klimakrise begegnen.

Wie aber können eingefahrene Denkmuster aufgebrochen, bestehende Schranken beseitigt und als Gewissheiten anerkannte Prinzipien mit gänzlich neuem Blick betrachtet und gegebenenfalls infrage gestellt werden? Mit anderen Worten, wie können wir uns wieder selbst verunsichern? Der vorliegende Artikel möchte einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leisten, indem er auf die letzte „große Verunsicherung“ in Städtebau und Stadtplanung blickt, nämlich den Leitbildwechsel von der Moderne zur kompakten nutzungsgemischten Stadt. Konkret sollen die verschiedenen Milieus der Unsicherheit identifiziert und beschrieben werden, die den Prozess der Herausbildung dieses Leitbilds charakterisiert haben. Ein besseres Verständnis dieser Dynamiken kann dabei helfen, die aktuelle Situation besser verorten und gegebenenfalls Denkanstöße für eine Infragestellung unserer heutigen Zielvorstellungen und handlungsanleitenden Leitprinzipien anregen zu können. Denn auch heute wieder fordern Ereignisse und Prozesse wie die Klimakrise, die COVID-19-Pandemie oder die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaften zum Hinterfragen des eigenen Denkens und Handelns auf. Insofern ist dieser Beitrag auch als Plädoyer für eine Verunsicherung zu verstehen.

Die Herausbildung des städtebaulichen und stadtplanerischen Leitprinzips der Nutzungsmischung wird anhand einer Analyse des bundesdeutschen und des österreichischen Diskurses rekonstruiert.¹ Dabei stütze ich mich auf eine Auswertung von Fachzeitschriften im Zeitraum 1960 bis 2015 und auf leitfadengestützte Expert*innen-Interviews mit Akteuren der Fachgemeinschaft, d. h. aus den Bereichen Policy, Planungspraxis, Wissenschaft und Fachöffentlichkeit.² Basierend auf diesem Material werden im Beitrag vier Milieus der Unsicherheit identifiziert und besprochen. Der Fokus liegt dabei nicht auf äußeren Einflussfaktoren wie etwa den vieldiskutierten Trends generell steigender Komplexität und Schnelllebigkeit, sondern auf dem innerfachlichen Verständigungsprozess um die Entstehung, Etablierung und Institutionalisierung

¹ Dieser Beitrag basiert auf empirischem Material, das im Zuge des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 2013 bis 2016 geförderten Forschungsprojekts „InnoPlan“ (Innovationen in der Planung: Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung?) erhoben und publiziert wurde (siehe insbesondere Zupan 2015, 2018 sowie Jessen / Zupan 2017). Der vorliegende Beitrag fasst die in diesem Rahmen erarbeiteten und publizierten Argumente zusammen und entwickelt sie in Teilen weiter. Im Vordergrund stehen dabei nicht die Unterschiede zwischen dem bundesdeutschen und dem österreichischen Prozess, sondern die in beiden Fallstudien beobachteten Dynamiken (für eine Analyse und Diskussion der Unterschiede siehe Zupan 2018, 2020).

² Zitate aus den geführten Interviews werden in diesem Beitrag anonymisiert wiedergegeben.

des Prinzips der Nutzungsmischung. Während uns das Prinzip der Nutzungsmischung heute so selbstverständlich scheint, stellte sich der Prozess aus Sicht der Beteiligten als äußerst offen und ungewiss dar. Diesem Umstand versucht der Beitrag gerecht zu werden, indem er die den Prozessverlauf prägenden Unsicherheiten herausarbeitet. Basierend auf dieser Rekonstruktion wird abschließend der Versuch unternommen, gegenwärtige Entwicklungen zu verorten und mögliche Ansätze und Anstöße einer abermaligen Verunsicherung aufzuzeigen.

Heilsame Verunsicherung

Die missionarische Sicherheit eines Le Corbusier, des frühen May und des früheren Gropius ist uns verlorengegangen; [...] der Planer empfindet bisweilen selbst ein Gefühl der Willkürlichkeit bei seiner Massenverteilung. Das gebaute Ergebnis dieser Planungen verursacht Unbehagen.
(Sieverts 1965, 481)

Die in den 1960er Jahren intensiver werdende Kritik stellte bekanntlich das Leitbild der Moderne zunehmend in Frage (z. B. Sedlmayer 1965; Mitscherlich 1965; Bahrdt 1969). Vor allem die an den Stadträndern errichteten Großsiedlungen bzw. Großwohnanlagen standen am Pranger: Die starre Entmischung der Funktionen hätte die Entstehung von Urbanität verhindert und reine Schlafstädte und antistädtische Siedlungsgebiete hervorgebracht (z. B. Mitscherlich 1965, 19; Falkner 1971, 74). Die Kritik erschütterte das Selbstverständnis der Fachgemeinschaft und setzte einen Prozess in Gang, in dem die Prinzipien und Fundamente dieses Leitbilds kritisch reflektiert und zum Teil grundlegend hinterfragt wurden. Insbesondere begann die für die Moderne so charakteristische Sicherheit über Ziele, Konzepte und Methoden sowie das „Selbstverständnis der Unfehlbarkeit“ (Jessen 1989, 580) zu bröckeln: Die Fachgemeinschaft sei, so in einem Tagungsbericht in der Stadtbauwelt zu lesen, „unsicher geworden“, in ihrem „Selbst-

vertrauen gestört, zur Auseinandersetzung gezwungen“ (o.V. 1971, 187). Allerdings wurde die aus der Kritik resultierende Verunsicherung durchaus nicht nur negativ gesehen: „Die zunehmende Ablehnung der Ergebnisse der Bautätigkeit seit 1945“, so etwa der Architekt Klaus Gartler (1977, 26), hätte zu einer „heilsamen Verunsicherung der professionellen Architekten, Städtebauer und deren Kritiker geführt“.

Erste Schritte bestanden in der Konkretisierung der zunächst relativ diffusen Kritik, dem Fassbarmachen des empfundenen Unbehagens, seiner Einhegung in räumlich-materielle Kategorien mitsamt der Entwicklung geeigneter Konzepte und Termini. Über die damit verbundenen Anstrengungen und Unsicherheiten berichtete ein Berliner Architekt und Stadtplaner (Interview 2014a): „Wir hatten große Schwierigkeiten damit, den Beweis zu führen, warum das eigentlich so schlecht ist. [...] Es ist eine sehr komplizierte Sache zum Beispiel zu verstehen, wie Anonymität entsteht.“ Unterschiedliche Disziplinen, allen voran die Soziologie, sollten dabei helfen, das Unbehagen in konkrete Kritik und feste räumliche Kategorien zu bringen. Schrittweise wurden Konzepte wie dasjenige zur Polarität zwischen Öffentlichkeit und Privatheit des Soziologen Hans Paul Bahrdt (1969) oder das zur Urbanität des Soziologen Edgar Salin (1960) von der Fachgemeinschaft zur Problematisierung gängiger Routinen aufgegriffen und auf deren Basis Gegenpositionen formuliert. Statt Auflockerung, Entflechtung von Funktionen, Entballung und monofunktionaler Zeilensiedlungen wurden nun bekanntlich Urbanität, Verflechtung, Ballung und Dichte gefordert. So sollten beispielsweise die „bisherigen Monokulturen von Wohnbauten nicht weitergezüchtet“ und stattdessen eine Mischung der Funktionen angestrebt werden (Dimitriou 1967, 17).

Zwar ließ sich die Forderung nach Funktionsmischung als Antithese zu dem im Leitbild der Moderne verankerten Prinzip der Funktionstrennung ableiten, jedoch war zum damaligen Zeit-

punkt völlig ungewiss, wie diese und andere neue Ideen in entsprechende baulich-räumliche Formen übersetzt werden sollten. Wichtige Impulse lieferte der Blick ins Ausland, geleitet von der Frage, mit welchen Ansätzen und Strategien man sich der Kritik andernorts stellte. Bezogen auf die Themen Urbanität und Funktionsmischung wurden besonders intensiv die neuen Konzepte zur Schaffung urbaner Mitten rezipiert, etwa die Zentrumsplanung im schottischen Cumbernauld, wo ein 800 Meter langer und acht Geschoße hoher multifunktionaler kompakter Gebäudekomplex in Planung war (Stumme 1967; Semsroth 1972). Weitere Impulse lieferte der Blick in die Vergangenheit, denn bereits einige Jahre vor dem Denkmalschutzjahr 1975 deutete sich im Diskurs ein gewisses Wiederwertschätzen historischer Stadtstrukturen an. Entstehen sollten nun Vorhaben, „deren räumliche Struktur sich nur wenig von derjenigen unterscheidet, die man von den alten Städten her kennt und liebt“ (Bruckmann 1962, 16). Eine „Mengung“ der Funktionen sollte „der modernen Stadt die Urbanität“ der historischen Stadt verleihen (Breit 1967, 390).

Diese Entwicklungen resultierten bekanntlich in der Ablöse der zu- sehends als monoton und monofunktional empfundenen Zeilen- siedlungen der 1950er Jahre durch dichtere, sich an geschlossenen oder gestaffelten städtebaulichen Formen orientierenden Anlagen, wie dem Schöpfwerk in Wien (1978), der Terrassenhaussiedlung in Graz (1972), Osterholz-Tenever in Bremen (1968) oder dem Olympischen Dorf in München (1968). Den Forderungen nach Urbanität und Funktionsmischung wurde in den Entwürfen und Umsetzungen dieser Zeit häufig durch Zentrumsplanungen begegnet, in denen Infrastrukturen, Folgeeinrichtungen und Läden zusammengefasst wurden, beispielsweise als „Kette urbaner Attraktionen“ wie im Schöpfwerk-Entwurf (Hufnagl et al. 1970, 55). Insgesamt lassen die Vorhaben dieser Periode erkennen, dass der durch die Kritik verursachten Verunsicherung zwar durch reaktives Lernen im Sinne eines antithetischen Reagierens auf die infrage

gestellten Prinzipien der Moderne begegnet wurde, dies aber nicht unmittelbar zur Überwindung des bisherigen Leitbildes führte. Stattdessen wurden neue Ideen in ein weiterhin modernes Paradigma integriert (vgl. Zupan 2015, 191) oder, wie es der Wiener Architekt Rupert Falkner (1975, 405) treffend ausdrückte, „Elemente des historischen Städtebaues [wurden] in den Gestaltungsprozeß unserer [d. h. der modernen] Formensprache“ umgesetzt. Es war demnach trotz profunder Verunsicherung nicht möglich, mit einem Male aus bestehenden Ordnungen auszubrechen. Neben Hindernissen wie dem hohen Zeit- und Kostendruck sowie an bestehenden Routinen festhaltenden Akteuren in Machtpositionen spielten dafür sicherlich auch aus der eigenen Sozialisation resultierende Denkmuster eine Rolle.

Im Dunkel tappen

Wir tappen im Dunkel, wir suchen neue Wege, ohne sie wirklich zu finden; denn bei all den Versuchen in den letzten drei Jahrzehnten, das Bild der neuen Stadt zu schaffen, sind wir meist schnell in Irrwegen oder gar in Sackgassen gelandet.
(Hans-Jürgen von der Heide 1979, 174)

Die Integration neuer Ideen trug nicht dazu bei, die Kritik verstummen zu lassen. Ganz im Gegenteil wurden die „verbesserten“ Anlagen rasch als gescheitert deklariert: Mit „großem Erschrecken war erkannt worden, dass man in die falsche Richtung gelaufen war“ und „dass man so im Grunde nicht mehr weitermachen konnte“, so die Aussagen zu diesem Erkenntnisprozess in einem Interview (Interview 2014b). Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen, dass aus der Kritik am Leitbild und den Umsetzungen eine Krise resultierte, die die Möglichkeit profunden Wandels eröffnete (vgl. Zupan 2018, 90 ff.): Zum einen hat die Kritik am modernen Großsiedlungsbau im Zuge der wirtschaftlichen Rezession der 1970er Jahre und dem Übergang vom Aufgabenfeld der Stadterweiterung zu dem der Stadterneuerung eine wohnungspolitische Überfor-

mung erfahren, als diese von bürgerlicher Seite als Mit-Argument für die Notwendigkeit einer Liberalisierung der Wohnungsversorgung und ein Zurückdrängen der mächtigen, gemeinnützigen Wohnbauträger instrumentalisiert wurde. Zum anderen trug dazu eine sich im Laufe der 1970er Jahre rund um die drohenden und teilweise umgesetzten Abbrüche und Flächensanierungen in vielen Städten entzündende gesellschaftliche Politisierung bei. Damit war eine Konstellation gegeben, in der unterschiedliche Interessen verfolgende Akteursgruppen an der Diskreditierung der Moderne in Städtebau und Stadtplanung Teil hatten. Für den Bruch mit dem Leitbild der Moderne war dies wesentlich, denn Krisen schwächen die Position von an bisherigen Denk- und Lösungsmustern festhaltenden Akteuren und erleichtern dadurch das Einschlagen neuer Wege (vgl. Liebmann und Robischon 2004, 97).

Allerdings ging aus dieser Krise ein Milieu hervor, das Albers und Papageorgiou-Venetas (1984, 299) als eine Periode der „eigentümliche[n] Unsicherheit bezüglich der Ziele und Wertmaßstäbe der Stadtplanung“ beschrieben haben. Beklagt wurde die vorhandene „Desorientierung“ (Oesterlen 1981, 26) und „Ratlosigkeit der Architekten und Planer“ (Pfeiffer 1982, 313). Denn nachdem die bisherige Leitvorstellung ihre Konsensfähigkeit verloren hatte, bestand zwar ein klares Bild davon, was man nicht mehr wollte, aber die Zukunft war noch ungewiss: „Wir kennen [...] für den Städtebau das Ziel und das Maß für die Zukunft noch nicht. Wir haben kein Leitbild mehr“ (von der Heide 1979, 175). Im Interview mit einem Architekten und Stadtplaner wurde deutlich, dass diese Periode zwar von einer ungewöhnlich großen Unsicherheit geprägt war, gleichzeitig aber als fast berauschende Atmosphäre wahrgenommen wurde: „Wir befanden uns in einem Zustand, in dem wir wussten, es liegt etwas völlig Neues in der Luft, ohne dass wir es schon kannten. Das ist ein irrer Moment meines Lebens gewesen. [...] Wir mussten etwas Neues machen, wussten aber noch gar nicht, was das Neue eigentlich sein wird“ (Interview 2015a).

In diesem Milieu maßgeblich gesteigerter Unsicherheit bestanden weder konkrete Vorstellungen über Ziele und Wertmaßstäbe noch über mögliche Maßnahmen zu deren Erreichung. In der Folge haben unterschiedliche Praktiken dazu beigetragen, einen neuen Rahmen des Möglichen und Gewünschten zu skizzieren und damit ein Stück Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Maßgeblich dafür war neben einer Verständigung über definitorische und typologische Grundlagen der antithetisch zu den modernen Prinzipien formulierten Ideen (zur Nutzungsmischung siehe z. B. die frühe Studie von Wiegand 1973, die jedoch kaum praktische Anwendung fand, vgl. Boeddinghaus 1995, 407) auch die Hervorbringung prägnanter und durch plausible Argumentationsmuster und Begründungszusammenhänge legitimierter Lösungen. Denn erst die Verknüpfung neuer Ideen mit konkreten Zielen und Interessen schuf die notwendige Rationalitätsgrundlage für deren Etablierung und Verbreitung. Während Prinzipien wie die Nutzungsmischung, die Stadt der kurzen Wege, Vielfalt in der Einheit oder Innen- vor Außenentwicklung heute so selbstverständlich scheinen, war ihre Hervorbringung und Begründung von großen Anstrengungen und Unsicherheiten geprägt, wie ein Interview-Partner, bezogen auf die Forderung der Vielfalt in der Einheit, anschaulich beschrieb: „Wir haben stundenlang diskutiert, denn es war [...] für die damalige Zeit ganz unlogisch. Inzwischen ist das so selbstverständlich, inzwischen haben wir uns das sehr komplex zurechtgelegt. [...] Aber damals haben wir auch innerlich, geistig ganz stark gekämpft: Wie sollten wir begründen, dass wir einen Bauherrn haben, eine Großparzelle, und dass wir trotzdem einzelne Häuser umsetzen wollen? Und führt das nicht zu oberflächlichen, ja unehrlichen Lösungen?“ (Interview 2015a). Trotz Unsicherheiten, Zweifeln und Widersprüchlichkeiten mussten diese und andere Konzepte samt Begründungsmuster freilich erst in der Breite Gehör und Akzeptanz finden, um Einfluss zu erlangen.

Für das Prinzip der Nutzungsmischung wurden verschiedene Argumentationsmuster erarbeitet, die unterschiedliche Wirkkraft entfaltet haben. Diese waren zunächst von der allgemeinen Hoffnung getragen, dadurch bestimmten, vermeintlich aus der Funktionstrennung resultierenden und als negativ empfundenen Effekten begegnen zu können, wie etwa dem deklarierten Verlust von Urbanität und Lebendigkeit. Ein konkretes und bis heute sehr einflussreiches Begründungsmuster wurde durch die Verkehrswissenschaften eingebracht. Diese entwickelten zu Beginn der 1980er Jahre die Lösung der „Stadt der kurzen Wege“, die auf die vermeintlich verkehrsmindernde und daher ökologisch nachhaltige Wirkung städtebaulicher Nutzungsmischung hinwies (Billinger et al. 1983, 720 f.). Durch die Nähe aller notwendigen Funktionen – vom Wohnen bis zu Arbeit, Freizeit und Versorgung – könne das Pramat des Automobils überwunden und würden umweltschonende Verkehrsarten gestärkt werden; entsprechend wurde „eine Neuordnung des Siedlungsgefüges“ empfohlen, die darauf abzielte, „möglichst viele Wege kurz zu machen. Stichwort: „Stadt der kurzen Wege“ (ebd.). Andere wiederum verknüpften mit einer engmaschigen Funktionsmischung die politische Forderung der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und des gleichwertigen Zugangs zu Infrastrukturen in allen Stadtbereichen (vgl. Jawecki 1986, 37).

Neben der Erarbeitung von Begründungs- und Legitimierungsmustern war dieses Milieu der Unsicherheit auch von einer Neuhandlung der Wertmaßstäbe geprägt, d. h. der Frage, woran man sich zukünftig orientieren sollte. Denn noch war kein neues Konzept gefunden, kein neuer Konsens hergestellt und auch noch keine realisierten und als Vorbilder anerkannten Referenzprojekte dieses noch ungewissen Neuen vorhanden, an denen sich die Fachgemeinschaft hätte orientieren können. Um Orientierung bezüglich der Frage zu schaffen, wie sich der Bruch mit der Moderne baulich-räumlich darstellen sollte, wurde die Vergangenheit

als „Lehrmeister“ (Pfeiffer 1982, 314) für die Entscheidungsbildung im Heute und für die Zukunft herangezogen. Im Gegensatz zur vorigen Phase, wo einzelne Ideen in ein weiterhin modernes Paradigma integriert worden waren, wurden nun unterschiedliche städtebauliche Perioden der Vergangenheit einer Neubetrachtung unterzogen sowie auf ihr Potenzial für künftige Planungen hin befragt und avancierten dadurch zu zentralen Impulsgebern für die Entwicklung neuer Konzepte. Eines der sicherlich prominentesten Beispiele im deutschsprachigen Raum stellte die IBA Berlin 1984/1987 dar. Diese trug nicht nur zur Wiederwertschätzung gründerzeitlicher Strukturen und der dort vorhandenen kleinteiligen Nutzungsmischung bei, sondern auch zur Übertragung dieser Prinzipien auf Neubauvorhaben. Ungeachtet dessen, dass die Implementierung einer Nutzungsmischung in den im Zuge der IBA umgesetzten Neubauvorhaben nur beschränkt gelungen ist, trug das Bekenntnis zu gründerzeitlichen Stadtstrukturen maßgeblich zur Enttabuisierung des Rückgriffs auf dieses Erbe bei und zeigte eine mögliche Entwicklungsrichtung für zukünftige Vorhaben auf (Zupan 2015, 192). Die Wiederentdeckung und das Anknüpfen an Strukturen der Vergangenheit waren jedoch nicht auf die Gründerzeit beschränkt, vielmehr erfuhren lokalabhängig unterschiedliche städtebauliche Vergangenheiten eine profunde Re-Evaluierung. In Wien beispielsweise wurden die Wohnanlagen des Roten Wien wiederentdeckt, deren Höfe samt umfassender Versorgungsstrukturen sich für künftigen Wohnanlagenbau als anknüpfungswürdig und impulsgebend erweisen sollten (z. B. Mang 1988; siehe auch die Initiative zum „Vollwertwohnen“, Glück 1988).

Auf tönernen Füßen

*Noch waren die Trends filigran, standen auf tönernen Füßen.
Man wusste nicht, was sich stabilisieren würde und was nicht.*
(Interview 2015c)

Durch die Lösungen samt Begründungsmustern sowie durch erstmals umgesetzte Vorhaben, die die Möglichkeit des Bruchs mit der Moderne auch baulich-räumlich demonstrierten, war ein Stück Sicherheit wiedergewonnen. Dennoch war auch die Periode der späten 1980er und frühen 1990er Jahre von nicht zu unterschätzender Unsicherheit geprägt, denn für beteiligte Akteure war durchaus nicht absehbar, wie sich der bislang nur schemenhaft abzeichnende „Vorschein“ eines neuen Städtebauleitbildes“ (Zwoch 1986, 841) konkretisieren und welche Position sich als dominant herausschälen würde. Die Debatten spitzten sich zu, als zu Beginn der 1990er Jahre vielerorts eine „neue Wohnungsnot“ ausgerufen und die Notwendigkeit großflächigen Stadtteilneubaus wieder virulent wurde. Unter diesem Druck zirkulierten und konkurrierten verschiedene Konzepte und Verständnisse ihrer Ausprägung, bis sich schrittweise die Begrifflichkeit der „kompakten nutzungsgemischten Stadt“ als dominant herauskristallisierte und sich ein Bild dessen zu formieren begann, was darunter konkret verstanden wurde.

Dazu haben nicht zuletzt verschiedene Initiativen beigetragen, darunter die in Frankfurt vom Planungsdezernenten Martin Wentz initiierte Debatte zu „neuen Stadtteilen“, das in Berlin unter Senatsbaudirektor Hans Stimmann vorgebrachte Konzept der „neuen Vorstädte“ oder die in Wien unter dem Planungstadtrat Hannes Swoboda ausgerufene „neue Gründerzeit“ (Wentz 1991; 2000; Stimmann 1994; Swoboda 1991). In diesen und weiteren Initiativen wurden unter dem Druck der „neuen Wohnungsnot“ die bislang zirkulierenden Bausteine zu thesenbasierten Gesamtkonzepten gebündelt und als neue handlungsanleitende Maßstä-

be verbreitet. Martin Wentz dazu (Interview 2015b): „Ich habe Anfang der 1990er Jahre sieben Thesen des Städtebaus zu Papier gebracht und publiziert, um gewisse Leitplanken zu bekommen. Damit hatte man so etwas wie ein Beurteilungsschema, mit dessen Hilfe man einen neuen städtebaulichen Entwurf überhaupt an etwas messen konnte.“ Dies war insofern relevant, als das Neue, wie Ibert (2005, 600) feststellt, „nicht nach bekannten Maßstäben beurteilt werden“ kann, vielmehr muss auch das entsprechende Wertegerüst erst formuliert werden. Diese Leitplanken umfassten neben der Schaffung kompakter und dichter Stadtstrukturen auch die Nutzungsmischung und die Stadt der kurzen Wege als zentrale Kernprinzipien.

Diese Konzepte bildeten für Akteure zwar gewisse Anhaltspunkte, allerdings war die Unsicherheit weiterhin groß. Zum einen konnten diese Ideen zum damaligen Zeitpunkt nicht als Konsens gelten und es war noch völlig ungewiss, ob die danach umgesetzten Vorhaben als Erfolg oder als Scheitern bewertet werden würden. Zum anderen bestand große Unsicherheit und Uneinigkeit über die konkreten Inhalte und materiellen Ausformungen der Konzepte. Auch hier konkurrierten verschiedene Positionen zum Teil in erbitterten Debatten miteinander, darunter an der Gründerzeit orientierte Ideen (z. B. Wentz 1991; 2000; Stimmann 1994; Feldtkeller 1994; Hoffmann-Axthelm 1993) oder Ansätze eines neuen, ökologisch ausgerichteten Siedlungsbau (z. B. Rainer 1989; 1993; Posch 1993). Schließlich waren auch die Thesen selbst alles andere als umstritten. Denn sie waren aus einem komplexen Aushandlungsprozesses hervorgegangen, in dem verschiedene Bausteine durch mehrheitsfähig und plausibel scheinende Argumente verknüpft und über drängende Imperative, wie dem der Ökologie, zum Teil relativ willkürlich begründet worden waren (vgl. Zupan 2018, 166). So empörte sich Moes (1992, 17) darüber, dass sowohl der politische als auch der fachliche Diskurs über beinahe beliebig verknüpfbare, praktisch aber inhaltsleere Lösungen geführt wür-

de, die lediglich den Anschein von Wissenschaftlichkeit erwecken würden, während sie eigentlich dazu genutzt würden, durch ihre schillernde Vieldeutigkeit den Weg zu Konsens und politischer Mehrheitsfähigkeit zu ebnen. Jessen (1995, 394 ff., 1996, 3) legte dar, dass sich manch hoffnungsvolle These auf unbewiesene Behauptungen, nicht aber auf systematische Untersuchungsergebnisse stütze. So bestünden keine ausreichenden Befunde dafür, dass nutzungsgemischte Quartiere auch solche mit kurzen Wegen seien oder dass kompakte Stadtstrukturen generell zu einem geringeren Verkehrsaufkommen führen würden: „Hier wird besonders viel behauptet und wenig gewußt“ (Jessen 1996, 3). Nicht nur das Stützen auf Annahmen bezüglich der Wirksamkeit der Prinzipien wurde kritisiert, sondern auch deren (Nicht-)Umsetzbarkeit. Insbesondere das Ziel der kleinteiligen Nutzungsmischung würde aktuellen Realitäten wie wachsender Mobilität, zunehmender Individualisierung sowie Marktkräften entgegenlaufen (Jessen 1996, 17; 1995, 395). Die Kritik an der Nutzungsmischung fasste Jessen (1995, V) wie folgt zusammen: „Aus der Sicht der Kritiker ist das Ziel unrealistisch, da gegen die Logik bisheriger Stadtentwicklung gerichtet, unerwünscht, weil gegen tiefverwurzelte Bedürfnisse und Wertvorstellungen gewandt, und unwirksam, weil die mit dem Ziel verknüpften hohen ökologischen Erwartungen durch Empirie nicht gedeckt seien.“

Ungeachtet dieser Einwände konnte sich die kompakte nutzungsgemischte Stadt zusehends als neues Leitbild etablieren, wofür nicht zuletzt der in dieser Phase besonders intensiv betriebene Austausch auf Ebene der politischen Akteure und der fachlichen Verwaltungsspitzen verantwortlich war. Diese Art der Zusammenarbeit, etwa durch gegenseitige Einladungen zu Preisgerichten und Fachveranstaltungen, diente zur Selbst-Versicherung und Stärkung der eigenen Position in einem Milieu, in dem unterschiedliche Ansätze und Ausrichtungen um Dominanz rangen.

Gewissheiten

Die formulierten Leitvorstellungen zur Schaffung kompakter, dichter und nutzungsgemischter Strukturen und die mittlerweile danach geplanten und umgesetzten Vorhaben trugen zur Reduktion der Unsicherheit bei. Entsprechend wandelte sich das Milieu der Unsicherheit abermals, als seit etwa Mitte der 1990er Jahre die Anstrengungen zur Etablierung und Durchsetzung eines Modells schrittweise einem allgemeinen Konsens wichen, in dem die kompakte Stadt mit Nutzungsmischung als einem ihrer Leitprinzipien zusehends als neues Leitbild akzeptiert und als solches auf verschiedene Weise verankert wurde.

Zu dieser Verankerung haben die das Leitbild referenzierenden Projekte maßgeblich beigetragen. Im Fachdiskurs wurden diese Vorhaben nicht nur kritisch reflektiert, sondern es wurden Projekte wie die Tübinger Südstadt, das Rieselfeld und Vauban in Freiburg oder auch die Hamburger Hafencity als besonders vorbildhafte Umsetzungen bzw. als „best practices“ des Leitbildes dargestellt, an denen zukünftiges Handeln fortan gemessen und orientiert werden sollte (Zupan 2018, 149). Die Hervorbringung dieser „Erfolgsstory“, die anhand ausgewählter Projekte die Potenziale des Leitbildes und seiner Prinzipien festzumachen suchte, sah sich allerdings durchaus profunder Kritik ausgesetzt. Eine kritische Position, die sich bereits vor der Realisierung der ersten Vorhaben formierte und in weiterer Folge großen Einfluss erlangte, monierte etwa, dass es sich letztlich um eine Fortführung des modernen Siedlungsbaus, lediglich in anderem Gewande, handle: „Wie immer das ästhetische Ideal aussieht, [...] funktional handelt es sich schlicht um neue Wohnsiedlungen, die nur nicht mehr in Großwohnlanlagen oder Zeilenbauten errichtet werden, sondern in städtischen Formen, [...] aber an der Funktion Schlafstadt nichts ändern können“ (Hoffmann-Axthelm 1994, 599). Zu dieser frühen Kritiklinie an den Planungen sind schrittweise weitere, die Umsetzungen und die Umsetzbarkeit des Leitbilds betreffende

hinzugekommen. Kritisiert wurden etwa Diskrepanzen zwischen der Zielvorstellung und der Realisierung nutzungsgemischter Strukturen sowie Prozesse der Verflachung und Banalisierung (vgl. Zupan 2018, 149, 152). Mit zunehmender Verbreitung des Leitbilds, so die Kritik, würden zahlreiche Vorhaben nur noch sehr lose Verbindungen zu dessen Kernprinzipien aufweisen, womit letztere häufig zur bloßen Etikettierung degradiert und als Legitimierung für beinahe jegliche Form der Umsetzung herangezogen würden. Aber auch Prozesse der Veralltäglichung und Routinisierung wurden in den Interviews beschrieben: Im Zuge seiner Verbreitung sei das Leitbild zu einem relativ generischen Lösungsansatz abstrahiert worden. An die Stelle einer intensiven Auseinandersetzung mit dem konkreten Ort trete vermehrt eine wenig kontextsensible und schematische Reproduktion anerkannter Gewissheiten, die zusehends dogmatische Züge trage.

Dieser Kritik ungeachtet hat sich das Leitbild samt dem Prinzip der Nutzungsmischung zu einer kaum noch grundlegend hinterfragten Zielvorstellung entwickelt. Ein wesentlicher Schritt dafür war dessen Aufnahme in informelle Planungsinstrumente, Handbücher, Skripte sowie in Ausbildung und Lehre. Durch diese und andere Formen der Institutionalisierung haben sich die Prinzipien des Leitbilds zu Gewissheiten und Allgemeingut entwickelt, wodurch die ihm zugrundeliegenden Annahmen sowie ihre Wirksamkeit kaum mehr infrage gestellt werden (Zupan 2018, 145). Zur Festigung des Prinzips der Nutzungsmischung hat aber auch die anwendungsbezogene Forschung beigetragen. So wurde etwa 1996 das ExWoSt-Forschungsfeld „Nutzungsmischung im Städtebau“ zur aktiven Förderung der Umsetzung von Nutzungsmischung im Städtebau eingerichtet (BBR 1999, 2000). Die Frage nach der Zielvorstellung selbst stand dabei bereits nicht mehr im Vordergrund. Zudem wurden Studien zur Umsetzung des Leitbildes in den neuen Stadtteilen publiziert, in Deutschland durch BBR (2007) und BBSR (2012), in Österreich durch die Stadtverwaltung

Wien (vgl. Chlup 1995). Letztere kamen zu dem Ergebnis, dass die neuen Leitprinzipien weitgehend berücksichtigt wurden, wenngleich durchaus gewisse Diskrepanzen zwischen Proklamationen und Umsetzungen identifiziert wurden. Eine kritische Reflektion über das Prinzip Nutzungsmischung selbst oder die Frage, inwieweit die mit der Zielvorstellung verbundenen Effekte überhaupt feststellbar seien, wurden auch hier kaum mehr vorgenommen beziehungsweise gestellt. Insgesamt haben mit seiner Verbreitung und Institutionalisierung Grundsatzdebatten deutlich an Einfluss verloren. Unsicherheiten bestehen nunmehr insbesondere bezüglich der erfolgreichen Planung, Umsetzbarkeit, Anwendbarkeit und Praktizierung von Nutzungsmischung.

Diskussion

Dieser Beitrag hat die Herausbildung von Nutzungsmischung als Leitprinzip in Städtebau und Stadtplanung rekonstruiert und die mit diesem Prozess einhergehenden unterschiedlichen Milieus der Unsicherheit zu identifizieren versucht. Basierend auf diesen Ausführungen soll abschließend die Frage diskutiert werden, wie sich die aktuelle Lage verorten lässt: Ist das Leitprinzip der Nutzungsmischung weiterhin fest verankert oder finden sich Hinweise dafür, dass wir möglicherweise am Ende eines Zyklus angekommen sind, in dem sich eine profunde Verunsicherung der Fachgemeinschaft und erste Anzeichen eines erneuten Leitbildwechsels andeuten?

Auf den ersten Blick scheint weiterhin große Einigkeit über die Zielvorstellung der Nutzungsmischung zu bestehen. So strebt beispielsweise die Neuauflage der Leipzig Charta (Neue Leipzig Charta 2020, 6) weiterhin die Förderung einer Nutzungsmischung von Wohnen, Handel und Produktion „[i]m Sinne einer Stadt der kurzen Wege“ an. Auch die verschiedenen, in den letzten Jahren entstandenen Positionspapiere von der „neoeuropäischen Stadt“ (Antonelli et al. 2017) über die Düsseldorfer Erklärung (Ettinger-

Brinckmann et al. 2019) bis hin zu ihrer Widersprache (Baumgart et al. 2019) halten trotz unterschiedlicher Positionen allesamt am Prinzip der Nutzungsmischung fest. Auch in der Praxis wird weiterhin auf das Prinzip rekurrenkt, von aktuellen Stadtentwicklungsprojekten (z. B. Dietenbach in Freiburg, Oberbillwerder in Hamburg) bis hin zu derzeit geplanten bzw. durchgeföhrten Internationalen Bauausstellungen (z. B. „Neues soziales Wohnen“ in Wien, „StadtRegion Stuttgart“ in Stuttgart). Selbst manch langdiskutierte Hindernisse scheinen überwindbar zu werden. So wurde in Deutschland 2017 die Kategorie „Urbanes Gebiet“ in die Baunutzungsverordnung aufgenommen, die das Nebeneinander von Wohnen und gewerblicher Nutzung nun auch baurechtlich fördert soll. Auch die Stadt Wien bekannte sich in ihrem Stadtentwicklungsplan STEP 2025 explizit zur Stärkung von Mischgebieten und legte das begleitende Fachkonzept Produktive Stadt vor, um der Verdrängung von Gewerbe und Industrie aus der Stadt entgegenzuwirken (Stadt Wien 2017). Und während die Immobilienwirtschaft mit ihren traditionell monofunktional ausgerichteten Portfolios oft als ein zentrales Hindernis zur Umsetzung von Nutzungsmischung benannt wurde, werden multifunktionale Portfolios mittlerweile als besonders resiliente Investment-Stra tegie und aufstrebendes Asset propagiert, das „langfristig stabile Cashflows“ verspreche (z. B. Schomberg 2021). Schließlich erfährt auch die Stadt der kurzen Wege durch die derzeit intensiv diskutierte „15-Minuten-Stadt“ eine Aktualisierung. Gleichwohl hat die Nutzungsmischung als zu verfolgendes Leitprinzip in den letzten Jahren nicht nur Aktualisierungen, sondern durchaus auch Weiterentwicklungen erfahren, etwa durch das Konzept der „produktiven Stadt“. Dieses hebt gegenüber dem durch die Nutzungsmischung suggerierten Fokus auf einen spezifischen Endzustand die performative Dimension hervor und rückt zudem auch andere Standorte – insbesondere abseits der Kernstädte – und Nutzungen in den Vordergrund.

Aktuelle Prozesse wie der Klimanotstand, die COVID-19-Pandemie und zunehmende soziale und räumliche Polarisierungsprozesse scheinen auf den ersten Blick keine erneute Verunsicherung in Form einer profunden Infragestellung bestehender Ansätze, ihrer zugrundeliegenden Begründungsrahmen und Zielvorstellungen innerhalb der Fachdisziplin befeuert zu haben. Stattdessen scheinen die Debatten von der Hoffnung getragen zu sein, dass sich mit dem bestehenden Leitbild der kompakten mischgenutzten Stadt beziehungsweise durch dessen Weiterentwicklung durchaus auch „neue Herausforderungen wie Klimawandel und urbane Resilienz weitgehend bewältigen [lassen]“ (Kurth 2021).

Gleichwohl kann der in diesem Beitrag im Zentrum stehende Rückblick auf die Herausbildung des Leitprinzips Nutzungsmischung nutzbar gemacht werden, um an mancher Stelle genauer hinzusehen und mögliche Ansatzpunkte für eine Infragestellung der „Gewissheiten“ und eine Destabilisierung bestehender Konzepte zu identifizieren. Zum einen könnten Entwicklungen in der Praxis zu einer schrittweisen Aushöhlung und Schwächung der bisherigen Routinen und Prinzipien beitragen. Mit dem Ankommen des Prinzips Nutzungsmischung im Mainstream finden sich immer mehr Vorhaben, die zwar oberflächlich darauf rekurrieren, dies in der Umsetzung aber kaum noch erkennen lassen. Der große Erfolg und die weite Verbreitung werden dem Prinzip nun insofern zum Verhängnis, als sich in der Breite nachlassender Ehrgeiz, Pragmatismus, Veralltäglichung und zum Teil eine Banalisierung zeigen, die zu einer schrittweisen Unterminierung des Modells beitragen könnten (vgl. Zupan 2015, 195). Derselbe Effekt könnte auch von den eigentlich als Verbesserungen und Weiterentwicklungen intendierten Bestrebungen engagierter Befürworter*innen ausgehen. Vielerorts wird intensiv an Instrumenten, Praktiken und Adaptionen gearbeitet, um das Prinzip der Nutzungsmischung auch unter aktuellen technischen und ökonomischen Bedingungen, an verschiedenen Standorten und bei unterschiedlichen Aufgaben-

feldern erfolgreich umzusetzen. Wenn aber die erfolgreiche Umsetzung einer kleinteiligen und ausdifferenzierten Nutzungsmischung paradoxerweise eines straffen Managements und zentralisierter Steuerung durch Shopping-Center-Betreiber*innen bedarf, wenn sich Expert*innen mittlerweile in verschiedensten handlungsanleitenden Handbüchern und Leitfäden verlieren, die kaum mehr als Möglichkeiten eröffnender Rahmen, sondern als starres Gerüst wahrgenommen werden, und wenn das Prinzip durch seinen Status als Gewissheit relativ unreflektiert auch auf jene Aufgabenfelder und Bereiche angewandt wird, wo andere, möglicherweise noch unbekannte Konzepte und Herangehensweisen angebracht wären, so könnten auch diese Entwicklungen zu einer schrittweisen Aushöhlung und Schwächung des Prinzips beitragen. Auch die Forderungen zur Weiterentwicklung bestehender Ansätze können inkrementelle Veränderungen bewirken und letztlich zu einem profunden Transformationsprozess beitragen. Möglicherweise bestehen hier Parallelen zu den 1960er und 1970er Jahren, wo ebenfalls die eigentlich als Verbesserungen intendierten Veränderungen selbst einen nicht unerheblichen Anteil an der Destabilisierung des Leitbilds hatten.

Eine Infragestellung aktueller Prinzipien könnte auch aus einer Neubetrachtung der städtebaulichen und stadtplanerischen Moderne resultieren. Längst gibt es Bestrebungen, einen neuen Blick auf diese Strukturen zu werfen, ihre spezifischen Qualitäten zu erkennen, zu schätzen und schließlich zu schützen. Zudem trägt eine kritisch-reflektierende Auseinandersetzung mit der damaligen Kritik an der Moderne, in der das aktuelle Leitbild seinen Ausgangspunkt hatte, dazu bei, dass man heute bereits in vielen Punkten zu einer anderen Einschätzung kommt, als es die damals sehr politisierte Debatte tat (z. B. hinsichtlich der angeblichen Starrheit und Unveränderlichkeit dieser Strukturen oder hinsichtlich der damaligen Vermengung wohnungspolitischer und baulich-räumlicher Faktoren). Es darf angenommen werden, dass diese Entwick-

lungen Ausdruck einer Werteverziehung sind, die auch Auswirkungen auf die heute gängigen Leitbilder und Leitvorstellungen haben werden.

Schließlich kann in den letzten Jahren eine Wieder- oder Neu-belebung von Positionskämpfen rund um die Ausdeutung des Leitbildes beobachtet werden. Diese haben das Potenzial, mit der Spannungsarmut zu brechen, die dieses ausbalancierte und scheinbar auf alle, selbst widersprüchliche Anforderungen eine Antwort bietende Leitbild ausstrahlt, indem sie an ihm wieder dezidiert politische Fragen diskutieren. Denn das Leitbild hat große Hoffnungen geweckt, unter anderem auf eine ökologische Stadtentwicklung, auf eine demokratischere Planungskultur oder auf das Wiederentstehen einer verloren geglaubten Urbanität (vgl. Zupan 2017). Nicht nur haben sich einige der damit verbundenen Hoffnungen bis heute nicht erfüllt, vielmehr werden mittlerweile negative systemische Auswirkungen und Begleiterscheinungen sichtbar, die eine Reflexion der zugrundeliegenden Wertvorstellungen und „Errungenschaften“ notwendig machen. Beispielsweise muss hinterfragt werden, auf welche Bevölkerungsgruppen das derzeit propagierte Urbanitätsverständnis primär ausgerichtet ist und inwieweit eine solche Auslegung einen elitären Urbanismus und die zunehmenden räumlichen Polarisierungsprozesse in unseren Städten mitbefördert hat (vgl. Jessen / Zupan 2017, 76 f.). Diese und weitere Fragen können zur kritischen Diskussion gängiger Leitbilder beitragen, sie können dazu anregen, Gewissheiten mit Skepsis zu begegnen, unsere heutigen Zielvorstellungen auf den Prüfstand zu stellen und uns als Fachgemeinschaft dabei helfen, uns wieder selbst zu verunsichern.

QUELLEN

- Albers, Gerd und Papageorgiu-Venetas, Alexandros (1984). Stadtplanung: Entwicklungslinien 1945–1980. Band 1. Tübingen: Wasmuth.
- Altrock, Uwe; Gündner, Simon; Huning, Sandra et al. (Hrsg.) (2004). Innovationen und Planung. Reihe Planungsroundschau 9.
- Antonelli, Cristina; Bentlin, Felix; Million, Angela (Hrsg.) (2017). Ein Manifest der Generation Y für eine neue Leipzig Charta. Schriftenreihe Städtebau und Kommunikation von Planung. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.
- Bahrdt, Hans P. (1969 [1961]). Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg: Wegner.
- Baumgart, Sabine; Kurth, Detlef; zur Nedden, Martin et al. (Initiator*innen) (2019). Gegen die Düsseldorfer Deregulierung. https://www.staedtebau.rwth-aachen.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaeklbf (17.08.2021)
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (1999). Planung städtebaulicher Nutzungsmischung in Stadterweiterungs- und Stadtumbauvorhaben in Europa. Werkstatt: Praxis 2. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn) (2000). Nutzungsmischung im Städtebau. Endbericht. Werkstatt: Praxis 2. Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn) (Hrsg.) (2007). Neue Stadtquartiere. Bestand und städtebauliche Qualitäten. Vorgehen und Ergebnisse der laufenden Bestandserhebungen des BBR zu neuen Stadtquartieren. Bonn: BBR-Online-Publikation 01. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2007/ON012007.html> (02.01.2023)
- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (Hrsg.) (2012). Neue Stadtquartiere. Bestand und städtebauliche Qualitäten. Bonn. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veröffentlichungen/AnalysenKompakt/2012/DL_8_2012.pdf?__blob=publicationFile (12.08.2016)
- Billinger, Hans; Meile, Geert M.; Meißner, Walter et al. (1983). Flächenhafte Verkehrsberuhigung. Planungsvorbereitende Studie Esslingen. Informationen zur Raumentwicklung 8/9, 693–722.
- Boeddinghaus, Gerhard (1995). Funktionstrennung – Funktionsmischung. 50 Jahre Städtebau unter wechselnden Leitbildern. Informationen zur Raumentwicklung 6/7, 405–408.
- Breit, Reinhard (1967). Die Vielfalt städtebaulicher Gestaltungsmöglichkeiten, Wettbewerb Bratislava-Petrzalka. Aufbau 9/10, 388–399.
- Bruckmann, Hansmartin (1962). Wulfen und die Idee der aufgelockerten und gegliederten Stadt. architektur wettbewerbe, Sonderheft Neue Stadt Wulfen, 13–16.
- Chlup, Peter (1995). Soziale Infrastruktur und Stadtentwicklung. Perspektiven(2), 12–17.
- Dimitriou, Sokratis (1967). Wohnform und Städtebau. Bauforum 1, 17.
- Ettinger-Brinckmann, Barbara; Mäckler, Christoph Mäckler; et al. (2019). Düsseldorfer Erklärung zum Städtebaurecht. <https://www.stadtbaukunst.de/wp-content/uploads/2019/04/190426-Düsseldorfer-Erklärung.pdf> (17.08.2021)
- Falkner, Rupert (1971). Gedanken zur Humanisierung der Stadt. Aufbau 1–3, 74–79.
- Falkner, Rupert (1975). Stadterneuerung – Kontinuität im Städtebau.: Aufbau 11–12, 405–420.
- Feldtkeller, Andreas (1994). Die zweckenfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raums. Frankfurt a. M. u. a.: Campus.
- Gartner, Klaus (1977). Entwicklungsplanung in Stadterneuerungsgebieten. Bauforum 60, 26–28.
- Glück, Harry (1988). Eine grüne Stadt gestapelter Einfamilienhäuser. Perspektiven 7/8, 44–45.

- Von der Heide, Hans-Jürgen (1979). Bundeswettbewerb Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau. Aus kommunaler Sicht. *Stadtbauwelt* 62, 171–175.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (1993). Die dritte Stadt. Bausteine eines neuen Gründungsvertrages. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (1994). Welche Stadterweiterung? *Stadtbauwelt* 121, 598–603.
- Hufnagl, Viktor; Windbrechtlinger, Wolfgang; Windbrechtlinger, Trude (1970). Städtebauprojekt am Schöpfwerk. *Architektur Aktuell* 17/18, 55–57.
- Ibert Oliver (2005). Wie lassen sich Innovationen planen? Informationen zur Raumentwicklung 9–10, 599–607.
- Jawecki, Peter (1986). Aktuelle Aufgaben der Stadtplanung in Wien. *Raumforschung und Raumplanung* 5/6, 36–41.
- Jessen, Johann (1989). Aus den Großsiedlungen lernen? Das Scheitern eines Modells. *Die alte Stadt* 4, 568–581.
- Jessen, Johann (1995). Nutzungsmischung im Städtebau. Trends und Gegentrends. Informationen zur Raumentwicklung 6/7, 391–404.
- Jessen, Johann (1996). Der Weg zur Stadt der kurzen Wege – versperrt oder nur lang? Zur Attraktivität eines Leitbildes. *Archiv für Kommunalwissenschaften* 35(1), 1–19.
- Jessen, Johann und Zupan, Daniela (2017). Leitbildwechsel – Wie kommt Neues in die Stadtplanung? *Forum Stadt* 01, Themenheft Innovationen in der Stadtplanung, 59–77.
- Kurth, Detlef (2021). Städtebaukultur – ein Plädoyer. marlowes 12.10.2021. <https://www.marlowes.de/staedtebaukultur/> (02.01.2023)
- Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (2004). Innovation, Kreativität und Lernprozesse – gelingt so der Stadtumbau? In: Uwe Altrock, Simon Güntner, Sandra Huning et al. (Hrsg.). *Innovationen und Planung*. Reihe Planungsrundschau 9, 95–104.
- Mang, Karl (1988). Zur Entwicklung des kommunalen Wohnbaus in der Zweiten Republik. *Perspektiven* 7/8, 26–28.
- Mitscherlich, Alexander (1965). Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Moes, Georges (1992). Neue Gründerzeit oder was könnte man von der Gründerzeit lernen? *Perspektiven* 4, 17–19.
- Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl (2020). https://www.bmii.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklaerungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6 (17.08.2021)
- Oesterlen, Dieter (1981). Architekturkritik in der Krise? *Bauforum* 82, 26–27.
- Ohne Verfasser (1971). 7. International Seminar on Human Settlements. *Stadtbauwelt* 31, 186–187.
- Pfeiffer, Ulrich (1982). Städtebau am Stadtrand – für einen neuen Planungskonsens. *Stadtbauwelt* 75, 313–318.
- Posch, Wilfried (1993). Die Garten(vor)stadt. Vergangenheit und Zukunft einer Idee zwischen erster und dritter Gründerzeit. *Perspektiven* 1/2, 34–41.
- Rainer, Roland (1989). 25 Jahre planen und bauen in Puchenhau – und einige Ergebnisse. *Bauforum* 132, 29–33.
- Rainer, Roland (1993). Zur Stadterweiterung. *Perspektiven* 3, 20–21.
- Schomberg, Tim (2021). Gemischt-genutzte Immobilien: nachhaltige Bausteine für das Immobilienportfolio. <https://intelligent-investors.de/5551-2/2/> (17.08.2021)
- Salin, Edgar (1960). Urbanität. In: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtebates, Augsburg, 1.–3. Juni 1960, Neue Schriften des Deutschen Städtebates 6. Stuttgart, Köln: Kohlhammer, 9–34.
- Sedlmayr, Hans (1965). Die demolierte Schönheit. Ein Aufruf zur Rettung der Altstadt Salzburgs. Salzburg: Müller.

- Semsroth, Klaus (1972). New Towns in Schottland. Raumforschung und Raumplanung 2, 24–29.
- Sieverts, Thomas (1965). Beiträge zur Stadtgestaltung – eine Literaturübersicht. Städtebauwelt 6, 481–492.
- Wien : Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung, (2017) (Hrsg.). Fachkonzept produktive Stadt. Werkstattbericht 171. <https://www.digital.wienbibliothek.at/urn:nbn:at:AT-WBR-580956> (02.01.2023)
- Stimmann, Hans (1994). Die Verstädterung der Peripherie – ein Balanceakt? Städtebauwelt 121, 582–587.
- Stumme, Hermann (1967). Die Entwicklung des Planungskonzeptes für Neue Städte in Großbritannien. Städtebauwelt 15, 1124–1131.
- Swoboda, Hannes (1991). Leitlinien für die Stadtentwicklung Wiens. Perspektiven 3, 31–46.
- Wentz, Martin (Hrsg.) (1991). Stadtplanung in Frankfurt. Wohnen, Arbeiten, Verkehr. Frankfurt a. M. u. a.: Campus.
- Wentz, Martin (Hrsg.) (2000). Die kompakte Stadt. Frankfurt a. M. u. a.: Campus.
- Wiegand, Jürgen (1973). Funktionsmischung. Zur Planung gemischter Gebiete als Beitrag zur Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten. Teufen: Niggli.
- Zwoch, Felix (1986). Fokus. Städtebauwelt 90, 841.
- Zupan, Daniela (2015). Von der Großsiedlung der Spätmoderne zum kompakten, nutzungsgemischten Stadtquartier. Verlaufsformen eines städtebaulichen Erneuerungsprozesses. Informationen zur Raumentwicklung 03, 183–199.
- Zupan, Daniela (2017). Auf tönernen Füßen. marlowes 05.04.2017. <https://www.marlowes.de/auf-toenernen-fuessen/> (02.01.2023)
- Zupan, Daniela (2018). Leitbildwechsel. Dynamiken und Charakteristika städtebaulicher Innovationsprozesse. Lemgo: Rohn.
- Zupan, Daniela (2020). De-constructing crisis: post-war modernist housing estates in West Germany and Austria. Housing Studies 36(5), 671–695.